

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zwischen der Stadt Ahaus
und den Gemeinden Heek, Legden und Schöppingen
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
des Musikschulwesens

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung - Musikschule Ahaus 06-4

Änderungen bzw. Ergänzungen:

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zwischen der Stadt Ahaus
und den Gemeinden Heek, Legden und Schöppingen
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Musikschulwesens
vom

Aufgrund der §§ 1 und 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in

der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV NRW S. 621 I SGV NRW 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2000 (GV NRW S. 245), schließen die Stadt Ahaus und die Gemeinden Heek, Legden und Schöppingen entsprechend den Beschlüssen

des Rates der Stadt Ahaus vom 24. Juni 2003

des Rates der Gemeinde Heek vom 23. Juli 2003

des Rates der Gemeinde Legden vom 08. Dezember 2003

des Rates der Gemeinde Schöppingen vom 17. November 2003

folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Träger der Musikschule

Die Stadt Ahaus ist Trägerin der Musikschule. Sie übernimmt für die übrigen Beteiligten die Durchführung der Aufgaben einer Musikschule.

§ 2 Name der Musikschule

Die Musikschule führt den Namen "Musikschule der Stadt Ahaus"

§ 3 Aufgaben der Musikschule

(1) Aufgabe der Musikschule ist es, Kinder, Jugendliche und Erwachsene nach den Richtlinien des Verbandes deutscher Musikschulen an die Musik heranzuführen, sie im Spiel von Musikinstrumenten und im Singen auszubilden, Begabungen frühzeitig zu erkennen und zu fördern, eine evtl. Berufsausbildung vorzubereiten und das Laienmusizieren zu fördern.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung - Musikschule Ahaus 06-4

(2) Dem Unterricht mit Kindern und Jugendlichen wird Vorrang vor der musikalischen Weiterbildung von Erwachsenen eingeräumt.

(3) Zur Erfüllung der Verpflichtung nach Abs. 1 bietet die Trägerin den übrigen Beteiligten den Bedürfnissen entsprechend ständigen Musikschulunterricht in der Elementar- und Grundausbildung (Musikalische Früherziehung und Musikalische Grundausbildung) und im Instrumental- und Vokalunterricht möglichst ortsnah an. Sofern einzelne Kurse vor Ort zu gering besucht werden, kann eine Zusammenlegung mit anderen entsprechenden Kursen bei den übrigen Beteiligten erfolgen.

§ 4 Satzungen- und Richtlinien

(1) Die Stadt Ahaus wird ermächtigt, die Benutzung der Musikschule durch Satzungen, Ordnungen und Richtlinien zu regeln. Sie gelten für das gesamte Gebiet der an der Vereinbarung beteiligten Gemeinden.

(2) Vor Erlass / Änderung erfolgt eine Abstimmung mit den beteiligten Gemeinden.

§ 5 Mitwirkung der beteiligten Gemeinden-

(1) Die beteiligten Gemeinden haben das Recht, die Aufnahme von Schüler/innen in die Musikschule von ihrer ausdrücklichen Zustimmung abhängig zu machen.

(2) Zur Förderung der Zusammenarbeit und zur Information über wesentliche mit der Erfüllung der Aufgabe in Zusammenhang stehende Vorgänge wird ein Arbeitskreis Musikschule eingerichtet. Er bereitet alle grundlegenden Entscheidungen für die Musikschule vor. In Fragen der Musikschulorganisation obliegt ihm ein Vorschlagsrecht. Er berät die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel der Musikschule und die Gebührensätze vor. Die Musikschule betreffende Entscheidungen in den kommunalen Vertretungen bereitet er mit vor.

(3) Dem Arbeitskreis gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:

Stadt Ahaus: 6 Vertreter/innen

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung - Musikschule Ahaus 06-4

Gemeinden Heek, Legden und Schöppingen: je 3 Vertreter/innen

Ferner gehören dem Arbeitskreis die Musikschulleitung, zwei Vertreter/innen des Fördervereins der Musikschule und der für die Musikschule zuständige Dezernent und Amtsleiter der Stadt Ahaus an. Sie sind nicht stimmberechtigt.

(3) Der Bürgermeister der Stadt Ahaus oder ein von ihm benannter Mitarbeiter führen den Vorsitz im Arbeitskreis.

§ 6 Bereitstellung von Räumen

(1) Die beteiligten Gemeinden stellen die von der Musikschule für die musikalische Unterweisung benötigten Räume unentgeltlich zur Verfügung. Sollten Räumlichkeiten angemietet werden müssen, tragen die jeweiligen Gemeinden die hierfür erforderlichen Kosten unmittelbar.

(2) Die Kosten für die Räume der Verwaltung der Musikschule werden entsprechend dem Kostenschlüssel umgelegt.

§ 7 Personal

Die Stadt Ahaus ist Dienstherr des Personals der Musikschule. Sie stellt das Lehr- und Verwaltungspersonal entsprechend dem Unterrichtsbedarf ein und übernimmt die Personalverwaltung.

§ 8 Jahreswochenstunden

Die Musikschule informiert die beteiligten Gemeinden jeweils zum 1. April und 1. Oktober über das aktuelle Musikschulangebot. Jede beteiligte Gemeinde ist berechtigt, in Abstimmung mit der Musikschule und unter Beachtung der arbeits- und tarifrechtlichen Bestimmungen sowie musikpädagogischer Grundsätze bis zum 1. Oktober eines jeden Jahres die Anzahl der Jahreswochenstunden für das Folgejahr neu festzulegen.

§ 9 Finanzierung

(1) Die Stadt Ahaus übernimmt die Aufgaben der Rechnungslegung und -führung. Die beteiligten Gemeinden erstatten der Stadt Ahaus

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung - Musikschule Ahaus 06-4

die auf ihre Gemeinde entfallenden Personal-, Verwaltungs- und Sachaufwendungen.

(2) Zu den umlagefähigen Kosten zählen die Personal- und Personalnebenkosten, Verwaltungssachausgaben, Kosten für Veranstaltungen, Lehr- und Lernmittel, Reparaturen, Fortbildungskosten und Bewirtschaftungs- und Einrichtungskosten der Musikschulverwaltung. Hier nicht aufgeführte Kostenarten, die ihrer Natur nach dennoch umlagefähig sind, können ebenfalls auf die beteiligten Gemeinden umgelegt werden.

(3) Die Elternbeiträge und die Landeszuwendung werden von den ermittelten Kosten abgesetzt.

(4) Die umlagefähigen Kosten werden durch die Gesamtjahreswochenstunden zum Stichtag 1. Oktober des entsprechenden Rechnungsjahres dividiert und mit der auf die jeweilige Gemeinde entfallende Anzahl der Jahreswochenstunden multipliziert.

(5) Die beteiligten Gemeinden leisten Ausgleichszahlungen in Form von Abschlagszahlungen, die halbjährlich zum 31. März und 30. September des laufenden Jahres fällig werden. Die endgültige Abrechnung erfolgt nach Ablauf des Haushaltsjahres auf der Grundlage der Jahresrechnung der Stadt Ahaus bis zum 30. April des Folgejahres.

§ 10 Schlichtung

Zur Schlichtung von Streitigkeiten im Rahmen der Durchführung dieser Vereinbarung ist der Landrat als Untere Staatliche Verwaltungsbehörde (Aufsichtsbehörde) anzurufen.

§ 11 Kündigung

Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von jeder der beteiligten Gemeinden schriftlich unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 18 Monaten zum Ende des Haushaltsjahres gekündigt werden.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 2004 in Kraft. Am gleichen Tag treten die Vereinbarungen mit der Gemeinde Heek vom 14. November 1972 / 9. Dezember 1996, mit der Gemeinde Legden vom 7. Mai 1973/15. Februar 1974/ 9. Dezember 1996 und mit der Gemeinde Schöppingen vom 9. Oktober 1975 / 9. Dezember 1996 außer Kraft.

Für die Stadt Ahaus:

Ahaus, den 17. 11. 2003

gez. Dr. Korte

gez. Köhlkamp

Für die Gemeinde Heek:

Heek, den 8. Dez. 2003

gez. Dr. Zwicker

gez. Brüning

Für die Gemeinde Legden:

Legden, den 9. 12. 2003

gez. Kleweken

gez. Lenz

Für die Gemeinde Schöppingen:

Schöppingen, den 9. 12. 2003

gez. Niehoff

gez. Gausling